

ZWEI WIRD ZU EINS -
EIN NEUER ANLAUF ZUR GEBURTENKONTROLLE
IN DER VOLKSREPUBLIK CHINA

Tilman Spengler

1. EINE AKTUELLE VORGESCHICHTE

Vor 25 Jahren schrieb der Wirtschaftswissenschaftler und damalige Präsident der Universität Peking, Ma Yinchu, einen Aufsatz, der Aufsehen erregte. Unter dem Titel "Xin ren-kou lun" (Eine neue Bevölkerungstheorie) griff Prof. Ma die Widerspruchslehre Mao Tse-tungs an, die auf dem Fortbestand des Klassenkampfes auch unter sozialistischen Produktionsverhältnissen beharrte und hielt dagegen, daß Chinas größter Widerspruch durch das Mißverständnis zwischen Bevölkerungswachstum und möglicher Kapitalakkumulation gegeben sei¹. Langfristig, so Ma Yinchu, müsse die rapide zunehmende Bevölkerung das Land mit einer Reihe ökonomischer Probleme konfrontieren, die sich durch die zu erwartenden (und wünschenswerten) Prozesse der Mechanisierung und Automatisierung nur noch verschärfen könnten. Das gelte einerseits für den Bereich der Arbeitsplatzbeschaffung - hier würde es an Investitionsmitteln fehlen - andererseits aber auch für die Versorgung mit Konsumgütern, die gleichfalls keine ausreichende Wachstumsrate erkennen ließe. Eine Lösung dieses Widerspruchs sei nur über eine allgemeine Einschränkung der Geburten möglich².

Ma Yinchu trug die "Neue Bevölkerungstheorie" den Delegierten des Nationalen Volkskongresses vor, die Pekinger Volkszeitung veröffentlichte sie in ihrer Ausgabe vom 5. Juli 1957. Kurze Zeit später überzog dieselbe Zeitung den Professor seitenlang mit Spott und Hohn. Er habe sich unterstanden, das Potential der sozialistischen Volkswirtschaft anzuzweifeln, habe das Grundprinzip des Historischen Materialismus "Viele Menschen sind eine gute Sache" (ren duo shi hao shi) angezweifelt, wäre folglich ein mieser Malthusianer, Neokolonialist, Kapitalistenschwengel, imperialistischer Kettenhund usw. Zwischen 1958 und 1960 weitete sich die Kampagne gegen Ma Yinchu weiter aus. In seiner Universität griffen ihn zahllose Wandzeitungen an, und die Fachkollegen vom wirtschaftswissenschaftlichen

Institut der Chinesischen Akademie der Wissenschaften fielen in den Chor ein³. Im Januar 1960 wurde Ma als Präsident der Peking Universität abgelöst. Mit ihm verschwand - zumindest als akademische Disziplin - eine sozioökonomische Bevölkerungswissenschaft in China⁴.

Am 14. Juli 1979 hat die Pekinger Volkszeitung die Rehabilitierung von Ma Yinchu gemeldet⁵. Vielleicht habe er einige Probleme nicht tief genug durchdacht, hieß es in dem längeren Artikel zu seiner politischen Wiedergeburt, doch im großen und ganzen habe die Kampagne gegen ihn nur Schaden angerichtet. Denn die Schwierigkeiten, die er vorausgesagt habe, seien tatsächlich eingetreten; heute müsse man das Versäumte unter erheblichen Kosten nachholen⁶.

2. NEUER WIND IN ALTE SEGEL

Für die chinesischen Bevölkerungswissenschaftler ist 1957 eine Art Traumjahr. Ihre Forschungen erweckten öffentliches Interesse, wurden als sozial relevant anerkannt und in der Partei mehrte sich die Zahl der Befürworter ihrer Sache. Ende Februar des Jahres hatte selbst Mao Tse-tung in seiner Rede über "Die korrekte Lösung von Widersprüchen innerhalb des Volkes" davon gesprochen: "Wenn wir Pläne ausarbeiten, Angelegenheiten regeln und über Probleme nachdenken, müssen wir stets von der Tatsache ausgehen, daß unser Land eine Bevölkerung von 600 Millionen hat; wir dürfen das niemals vergessen"⁷.

Zwar standen diese Sätze in einem Zusammenhang, der nicht auf Geburtenkontrolle zielte, doch von ihrem Kontext befreit, ließ sich einiges politische Kapital daraus schlagen. Außerdem hatte sich Mao - noch im Februar desselben Jahres - auf der 11. Konferenz des Obersten Staatsrates positiv über die Pläne von Ma Yinchu und Shao Lici zur Geburtenkontrolle ausgesprochen und deren Befürwortung "später" Eheschließungen gutgeheißen. Am 1. März 1957 sei, so liest man heute, vor demselben Gremium vom Vorsitzenden gesagt worden, wenn die Menschheit sich in den Griff bekommen wolle, müsse sie ihr Wachstum planen. Und das sei am 9. Oktober 1967 (auf dem 3. Plenum des 8. Parteitag) durch den Satz bekräftigt worden: "Es geht nicht an, daß auf dem Gebiet der menschlichen Fortpflanzung völlige Anarchie herrscht; dort ist eine planvolle Geburtenkontrolle notwendig"⁸.

Die Worte des Vorsitzenden beflügelten die Wissenschaftler. Die Vorteile von Geburtenplanung, notabene herausgezögerter Eheschließungen, für das sozio-ökonomische Gemeinwohl des chinesischen Volkes wurden zu einer Art Leitmotiv der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur des Jahres

1957⁹. Doch mehr als zwanzig Jahre später mußte der Ökonom Zhang Lihong rekapitulieren: "Nach dem Jahre 1957 wurde Bevölkerungsfor- schung als Gebiet der Wissenschaft zu einem Tabu; nur wenige wagten, dieses Problem aufzuwerfen, und es fand sich erst recht niemand, der den Mut hatte, (auf diesem Gebiet) wissenschaftliche Forschungen zu un- ternehmen"¹⁰.

Was in der und für die Theorie zutraf (und den Theoretikern große Sorgen bereitete), sah jedoch in der Praxis anders aus. Zwar bewegte sich die Politik der Geburtenplanung eher mit der Dynamik einer Springprozes- sion, doch sie bewegte sich. In den Jahren bis 1956/57 hatte der Wind den Befürwortern von Geburtenkontrolle ins Gesicht geblasen. Die Pekinger Volkszeitung nannte den Gebrauch von Verhütungsmitteln, "einen Weg, das chinesische Volk zu töten, ohne Blut zu vergießen"¹¹, und erinnerte daran, daß Mao eine große Bevölkerung "eine ausgezeichnete Sache" ge- nannt hatte¹². Doch das Argument für eine Legalisierung der Geburten- kontrolle berief sich nur zu einem Teil auf ökonomische Erwägungen. Ge- nauso wichtig war den Befürwortern einer "Liberalisierung" der Hinweis auf "das Wohlergehen von Mutter und Kind"¹³; zum einen aus gesundheits- politischen Gründen, zum anderen wegen des allgemeinen Ziels der Eman- zipation der Frau in einer sozialistischen Gesellschaft.

Im Jahre 1957 soll selbst Mao Tse-tung einige Zweifel an der reinen Lehre des ökonomischen Fortschritts in der sozialistischen Gesellschaft Chinas geäußert haben. In einer Rede vor dem Staatsrat wies er darauf hin, daß zum damaligen Zeitpunkt 40 % aller Jugendlichen keinen Platz in einer Volksschule finden konnten, und die Abhilfe, die er für diesen Zustand vorschlug, lag in einer langfristigen Festlegung der chinesischen Bevölke- rungszahl auf 600 Millionen¹⁴.

Eine erste, eher zaghafte Kampagne zur Bevölkerungskontrolle hatte 1956 eingesetzt. Geographisch war sie fast ausschließlich auf die großen Städte und Küstenregionen Chinas beschränkt, und man muß wohl davon ausgehen, daß bei diesen ersten Versuchen keine nennenswerten Erfolge erzielt wur- den. Denn noch bevor die Kampagne an Fahrt gewinnen konnte, hatte sich die Kommunistische Partei für die Politik des "Großen Sprung vorwärts" entschieden. Der "große Sprung" förderte, plastisch gesprochen, den Mengenwahn und war überhaupt nicht mit Strategien vereinbar, die "Zu- wachs" (etwa den der Bevölkerung) skeptisch beurteilten. Dementsprechend wurde im Sommer 1958 die Kampagne zur Bevölkerungsplanung abgebro- chen, die Maozitate wurden ausgewechselt. Nunmehr hieß es (für die näch- sten 18 Monate), China könne auch noch eine sechs- bis achtfach größere Bevölkerung verkraften, das Produktionspotential des chinesischen Volkes mache derlei möglich¹⁵.

Nach einer anderen Lesart soll die Kampagne abgebrochen worden sein,

weil die Bevölkerungsplaner ohnehin nicht an ihren Erfolg glaubten und stattdessen darauf vertrauten, daß eine allseitige Entfaltung der Produktivkräfte Bewußtseinsprozesse auslösen würde, die gegen Ende des Dritten Fünfjahresplans (1967) neue kulturelle Werte auch für das Reproduktionsverhalten erbrächten¹⁶.

Motivforschung führt hier wahrscheinlich nicht weit. Halten wir stattdessen fest, daß die Politik "geplanter Geburten" in China etwa für vier Jahre ruhte und erst 1963 wieder ernsthaft verfolgt wurde. Und zu dieser Zeit hatten die zuständigen Organisationen (Kommunistische Partei, Frauenverband, Jugendliga) offensichtlich eine Lehre aus den kümmerlichen Ergebnissen der ersten Kampagne gezogen: Statt anonymer Propaganda setzte die Bevölkerungspolitik der 60er Jahre auf ein ganzes Arsenal von Maßnahmen, auf administrative Sanktionen, politische Aufklärung, ökonomischen und sozialen Druck; und sie bemühte sich um einen möglichst direkten Kontakt mit ihrer Zielgruppe. Das war schon deswegen wichtig, weil hier erhebliche Tabuschwellen zu überschreiten waren, Abtreibung oder Verhütungsmittel zählten nicht gerade zu den gängigen Themen von Parteiveranstaltungen, hier mußte selbst unter männlichen wie weiblichen Kadern, die mit der Durchführung der Kampagne betraut waren, eine intensive Aufklärungsarbeit geleistet werden¹⁷.

Die folgenden Programme zur Bevölkerungspolitik verfolgten zwei Ziele: eine möglichst effiziente Versorgung der Bevölkerung mit den pharmazeutisch-medizinischen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Geburtenkontrolle und zweitens eine Veränderung traditioneller soziokultureller Wertmuster der chinesischen Bevölkerung. Dabei stellte sich heraus, daß die erste Forderung ungleich leichter zu erfüllen war als die zweite.

3. PHARMAZEUTISCH-MEDIZINISCHE VORAUSSETZUNGEN DER GEBURTENKONTROLLE

Werfen wir einen kurzen Blick auf das Gebiet, das die einschlägige Literatur unter dem Begriff "hardware" rubriziert: Ab 1957 durften Kontrazeptiva (fast ausschließlich Kondome) nach China eingeführt werden, wenn auch erst ab 1962 ohne Aufschlag an die Zollbehörden. Die ausländischen (vornehmlich japanischen) Produkte ergänzten die chinesische Produktion von Kondomen und Diaphragmen, mit der gegen 1954 begonnen worden war¹⁸. Dabei wirft der sprunghaft steigende Absatz (zwischen 1954 und 1957 kletterten die Produktionsziffern für Kondome von 100 Tausend auf 45 Millionen, bei Diaphragmen von sechs auf 300 Tausend Stück) zugleich ein Licht auf die Diskrepanz zwischen "öffentlicher" und "privater" Moral¹⁹. Die

Verhütungsmittel waren häufig von zweifelhafter Qualität und längst nicht so sicher, wie es erforderlich gewesen wäre, und sie kosteten zudem erheblich mehr als für eine "automatische" Benutzung angemessen erschien. Es dauerte bis weit in die 60er Jahre, daß die angebotenen Verhütungsmittel relativ frei von Nebenwirkungen und billig zu erhalten waren.

Intrauterine Pessare (IUP) zur Verhinderung der Nidation wurden in der zweiten Hälfte der 60er Jahre zum am weitesten verbreiteten Verhütungsmittel in China²⁰. Sie wurden nach 1967 allerdings immer mehr von oralen Kontrazeptiva verdrängt. Hier hatte die einheimische medizinische Forschung bereits 1958 begonnen (es wurden Vorstufen von Steoriden entwickelt), doch es dauerte weitere sechs Jahre, bis synthetische weibliche Sexualhormone experimentell eingesetzt werden konnten.

Genau wie in Europa und den USA lagen auch bei den chinesischen Pharmazeutika die jeweiligen Östrogen- und Gestagen-Komponenten sehr hoch. Eine Reduktion gelang erst 1967, als mit ersten Massenversuchen begonnen wurde²¹. Die Ovulationshemmer kamen (1969) bereits als eine Art 'Minipille' auf den chinesischen Markt. Damit war China das erste Land, in dem (vergleichsweise) extrem niedrige Dosen der Östrogen-Gestagen-Bestandteile verwandt wurden: die entsprechenden Werte lagen um drei Viertel unter denen amerikanischer Produkte.

Diese geringe Dosierung hatte zwei entscheidende Vorteile: sie erlaubte einen sparsamen Einsatz der knappen Rohstoffe und entsprach den physiologischen Gegebenheiten der chinesischen Frau, d. h. anders als etwa in Indien, wo mit den "schweren" amerikanischen Antikonzeptiva die bekannten negativen Nebenwirkungen auftraten, war die chinesische Pille verträglich. Da sie (wenn auch nur an verheiratete Frauen) kostenlos verteilt wird, dürfte sie auch in Zukunft in China das populärste Verhütungsmittel bleiben. Das müßte auch für den Fall gelten, daß die gegenwärtig durchgeführten Forschungen über mögliche Monats-, Dreimonats- oder Jahrespillen Erfolg haben und die chinesische Pharmaindustrie mit ihren neuen Verhütungsmitteln in das Produktionsstadium tritt²².

Erst zu Beginn der "zweiten" (also der ersten wirksamen) Kampagne für ein geplantes Bevölkerungswachstum waren die Bestimmungen über Schwangerschaftsunterbrechungen gelockert worden. Nachdem erst einmal - gegen das Votum der chinesischen Ärzteschaft²³ - eine grundsätzliche Entscheidung für die Legalität entsprechender Eingriffe gefällt worden war, blieb nur noch der Indikationskatalog bzw. die Feststellung der Entscheidungsbefugten umstritten. Die uns vorliegenden Berichte geben kein eindeutiges Bild²⁴. Auffallend ist allerdings, daß es sich in keinem Fall um die autonome Entscheidung der Frau und Mutter handelt: auch der Mann und Vater muß seine Zustimmung geben - und früher waren es nicht nur Mann und Vater, sondern auch ein "verantwortlicher" Vertreter der jeweiligen Einheit; bisweilen wurden auch die Großeltern gehört²⁵.

Sterilisierung (des Mannes wie der Frau) muß für jeden Bevölkerungsplaner, dem es um eine Reduktion der Geburtenrate geht, zu den höchsten Zielen gehören. In China finden wir Tubenligatur und Vasektomie schon im frühesten der im Ausland bekanntgewordenen Kataloge einschlägiger Maßnahmen²⁶. Angeblich sollen dabei Vasektomien häufiger durchgeführt worden sein (und werden) als entsprechende Eingriffe zur Sterilisierung der Frau. Das entspräche der Vernunft, schließlich läßt sich die Resektion des Samenstranges beim Mann ambulant vornehmen, während die Tubenligatur immerhin eine Öffnung der Bauchhöhle erfordert - doch es widerspräche historischen Erfahrungen über die männliche Geschicklichkeit, die Lösung dieses Problems ihren Frauen zuzuschieben.

Die Erfolge der zuletzt genannten Strategie zur Bevölkerungsplanung in China lassen sich nicht in verlässlichen Zahlen belegen. Doch es bedarf keiner großen Sehergabe, um vorauszusagen, daß die Erfolgchancen sehr stark von der Einsicht der Betroffenen abhängen. Wenn sich, wie Berichte aus jüngster Zeit übermitteln, weibliche Dorfbewohner beim Anblick paramedizinischer Teams verstecken, weil sie fürchten (müssen?), zwangsweise sterilisiert zu werden, so deutet das nicht auf eine stabile Akzeptanz der öffentlich propagierten Maßnahme²⁷. Gerade diese Bereitschaft zur Kooperation aber, das beweist das klägliche Scheitern ähnlicher Unternehmungen in Indien und anderen Ländern Südostasiens, ist eine unverzichtbare Voraussetzung jeglicher Form von geplantem Bevölkerungswachstum.

4. WANDEL DER WERTMUSTER ?

"Sollte aber einmal die kommunistische Gesellschaft sich genötigt sehen", schrieb Engels 1881 in einem Brief an Kautsky, "die Produktion von Menschen ebenso zu regeln, wie sie die Produktion von Dingen schon geregelt hat, so wird gerade sie und allein sie es sein, die dies ohne Schwierigkeiten ausführt"²⁸. Was Engels in prophetischer Unschuld für die kommunistische Gesellschaft insgesamt reklamierte, traf für die sozialistische Gesellschaft Chinas ganz sicherlich nicht zu. Wenn überhaupt von einer Regelung der "Produktion von Menschen" geredet werden kann, so gilt sicherlich, daß sie nur unter großen Schwierigkeiten zustande kam.

Soweit diese Schwierigkeiten durch soziales Verhalten, überlieferte Wertmuster oder auch die neue sozialistische Moral hervorgerufen wurden, ist ihr Auftauchen weniger rätselhaft als der Optimismus, sie in kurzer Zeit überwinden zu können. Selbst Mao Tse-tung gab sich in einem Gespräch mit Edgar Snow im Oktober 1970 noch skeptisch über den möglichen Erfolg

von Geburtenkontrolle in China. Auf dem Lande, sagte der Vorsitzende, würde eine Frau noch immer solange Kinder in die Welt setzen, bis sie einen Sohn geboren habe. Wenn die ersten beiden Nachkommen Mädchen wären, hoffte sie auf das dritte Kind, usw.²⁹. Das müsse geändert werden, brauche aber seine Zeit.

Man kann getrost hinzufügen, daß nicht nur die chinesischen Frauen von diesem Wunsch ausgingen. Im vorrevolutionären China bedeuteten männliche Nachkommen soziale Existenzsicherung - für das Alter genauso wie für Zeiten wirtschaftlicher Not. Die religiöse Verehrung der Ahnen, deren Kontinuität nur über Söhne aufrechterhalten werden konnte, sicherte den ökonomischen Vernunftgrund kulturell ab.

Die gewaltigen sozioökonomischen Veränderungen, die Revolution und sozialistischer Aufbau vollbrachten, hätten zwar auch die Einstellung zu Geschlecht und Zahl der Kinder berühren können. Immerhin verbürgte sich nun der Staat für die materielle Sicherheit³⁰. Doch zum einen wäre ein solcher Verhaltenswandel gleichbedeutend mit einem Vertrauensvorschuß gewesen - und nach einem Vierteljahrhundert Bürgerkrieg und einem Jahrzehnt japanischer Besatzung mußte jede Form staatlicher Autorität einige Zweifel ertragen -, zum anderen arbeiteten weder Staatsorgane noch Kommunistische Partei sonderlich intensiv auf jenen Verhaltenswandel hin. Wie wir gesehen haben, ermunterte die Partei ja lange Zeit den Kindersegen, gerade weil sie auf eine sehr traditionelle Weise materielle Garantien für alle als Fundament der eigenen Legitimation ausgab.

Die Logik der Argumente für ein uneingeschränktes Bevölkerungswachstum, also der einschlägigen Haltung der Kommunistischen Partei in den fünfziger Jahren, wird besonders deutlich, wenn wir sie mit den offiziellen Losungen des Jahres 1979 vergleichen. Früher hatte es geheißen: gerade daran, daß Geburtenkontrolle nicht nötig ist, erkennt man den sozialistischen Staat³¹. Heute läuft die Begründung genau umgekehrt: gerade weil der Sozialismus, in Gestalt einer geplanten Wirtschaft, etc., bereits fest etabliert ist, kann Geburtenkontrolle eingeführt, muß Bevölkerungsplanung durchgeführt werden³²; der Konsens über den sozialistischen Aufbau ist nicht länger Ziel, sondern Voraussetzung und Ausgangspunkt der Politik.

Dabei bleibt nach allen vorliegenden Berichten die Familie in China weiterhin Bezugsgröße der Politik. Sexualität außerhalb der Ehe ist auch in den neuen Programmen nicht vorgesehen. Man kann hier eine eher ungebrochene Kontinuität zu den etablierten Moralvorstellungen der fünfziger Jahre erkennen, die sich auf Vorläufer in der chinesischen Tradition genauso wie auf solche im verwalteten und unverwaltungten Marxismus beruft³³. Bezeichnenderweise firmierte die Kritik an dem bisweilen unkonventionellen Sexualverhalten der Rotgardisten während der Kulturrevolution unter

dem Titel: "Dem üblen Wind früher Eheschließungen muß ein Ende gemacht werden"³⁴.

Daß die offiziellen Stellen Chinas an den Institutionen Ehe und Familie festhalten, hat eine Reihe von Gründen. Betrachten wir zunächst die ökonomischen Aspekte: So verdienstvoll auch immer die Leistungen des chinesischen Staates auf dem Gebiet der Altersversorgung der Bevölkerung sind, gibt es doch immer noch soziale Situationen, die sozusagen offiziell nicht vorgesehen sind und daher für die Betroffenen umso verhängnisvoller sein können. Etwa die Arbeitslosigkeit, deren Existenz erst seit dem letzten Nationalen Volkskongreß kein Tabu mehr ist und die nach inoffiziellen Angaben immerhin 20 Millionen Menschen betreffen soll³⁵. Bislang aber lagen Arbeitslose immer noch ihren Familien "auf der Tasche", d. h. das chinesische System der sozialen Sicherung war so fein nicht geknüpft, daß es ohne private Zuwendungen auskam. Und was für die Extremfälle existenzieller Not gilt, bewährt sich natürlich auch in alltäglicheren Anlässen. Es ist sicherlich auch im sozialistischen China kein Nachteil, den einen oder anderen Verwandten, an dessen Familiensolidarität man appellieren kann, im Gewirke der chinesischen Bürokratie zu wissen - selbst wenn es nur eine psychologische Beruhigung verschaffen sollte.

Außerdem setzt die Familie in China einen eigenen Schwerpunkt gegen die Einheit (danwei). Sie stiftet wenn nicht ein antagonistisches, so doch ein alternatives Bezugssystem. Die Gründung einer eigenen Familie ist eine der wenigen Möglichkeiten individualisiertes Verhalten innerhalb des Kollektives auszugrenzen; der gesellschaftliche Typus des Junggesellen, erst recht der Junggesellin, hatte bislang keinerlei Durchsetzungschance. Wenn dennoch in den letzten zehn Jahren viele "heiratsfähige" Jugendliche unverheiratet blieben, hatte das andere Gründe. Es handelte sich hierbei vornehmlich um aufs Land verschickte Städter, die sich nicht durch die Gründung einer Familie auf dem Lande um ihre Möglichkeit bringen wollten, wieder in ihre ursprüngliche Heimat zurückzukehren.

Der für die Bevölkerungspolitik sicherlich wichtigste Wertwandel betraf die Stellung der Frau innerhalb der chinesischen Gesellschaft. Davon bleibt unberührt, ob diese Frau bereits über den "halben Himmel" verfügt, wie offizielle Bekundungen erzählen, oder ob bis dahin noch einiges an Versprechen eingelöst werden muß³⁶. Ganz offensichtlich verträgt sich das Bild einer politisch mündigen, ihre Erziehungs- und Berufschancen nutzenden Frau im Sozialismus schlecht mit der Erscheinung der kinderproduzierenden Hausmagd, zu der ein Verbot von Geburtenverhütung führen mußte. Auf diesen Widerspruch deutete auch eine bestimmte Fraktion der Befürworter von Geburtenplanung seit der Mitte der 50er Jahre hin. Einer ihrer Wortführer, der Ökonom Shao Lici, hatte sich bereits 30 Jahre zuvor für die Freigabe von Schwangerschaftsunterbrechungen eingesetzt und mit einigen Gleichgesinnten die amerikanische Frauen-

rechtlerin Margaret Sanger nach China eingeladen. Shaos These - sozialistische Leistungsfähigkeit hin oder her, zu viele Schwangerschaften zu kurz hintereinander schaden physischem und psychischem Wohlergehen von Müttern und Kindern - war schwer zu widersprechen³⁷. "Geburtenverhütung aus Rücksicht auf Mutter und Kind" stiftete somit einen politischen Konsens, dem sich auch hartnäckige Verfechter des Glaubens an die Leistungsfähigkeit der sozialistischen Volkswirtschaft Chinas nicht entziehen konnten. Vielleicht fiel ihnen die Zustimmung auch deshalb leicht, weil über die absolute Größe der Familie noch keine Aussage getroffen worden war. Zu diesem Thema ist Einschneidendes erst in den letzten beiden Jahren verkündet worden.

5. DAS WOHLVERSTANDENE EIGENINTERESSE

Seit dem 5. Nationalen Volkskongreß im Frühjahr 1978 ist Bevölkerungsplanung endgültig zu einer Strategie des sozialistischen Aufbaus der Volksrepublik China geworden. Im Februar 1978 sprach Ministerpräsident Hua Guofeng davon, die Wachstumsrate der chinesischen Bevölkerung bis Ende 1980 unter die Ein-Prozent-Marke zu bringen; 15 Monate später forderte Hua bereits für das Jahr 1979 eine Reduktion auf 1 %, für das Jahr 1985 einen Rückgang auf 0,5 %. Auf derselben Veranstaltung stellte die für Bevölkerungsplanung zuständige Politikerin, die Stellvertretende Ministerpräsidentin und Vorsitzende des Nationalen Ausschusses für Familienplanung, Chen Muhua, ein Nullwachstum für das Jahr 2000 in Aussicht³⁸.

Wenn auch in der neuerlichen Diskussion und in den emphatischen Forderungen nach kleineren Familien kaum Gesichtspunkte auftauchen, die nicht schon 1957 vorgebracht wurden, unterscheidet sich die neue Kampagne in drei wesentlichen Punkten von ihren historischen Vorläuferinnen: Erstens kann man heute offensichtlich von einer politischen Einmütigkeit ausgehen, die früher nie bestanden hat. Zweitens erkennt man eine deutliche Verlagerung in der Begründung, d.h. im Motivkatalog für die Kampagne. Drittens operiert die Kommunistische Partei Chinas seit etwa zwei Jahren mit Wertmaßstäben, die nicht nur während der Kulturrevolution als blanke Häresie empfunden worden wären; so wäre es 1957 kaum möglich gewesen, daß "Rückständigkeit", gemessen an ökonomisch-technischen Entwicklungsniveaus der westlich-kapitalistischen Länder als Maßstab eingeführt worden wäre. Es wäre wohl genausowenig vorstellbar gewesen, daß offizielle Daten über Chinas Wirtschaftsleben, über den Stand der wirtschaftlichen Produktivität oder über die Effizienz des Erziehungswesens nicht als Erfolgsmeldungen an die Öffentlichkeit weitergegeben, sondern in Relation zu den Erfolgen anderer Länder gesetzt werden. Im Jahre 1979 etwa war

zu erfahren, daß ein Arbeitsplatz in der chinesischen Industrie eine Investition von 10 000 Yüan erfordert, daß folglich die zwölf bis dreizehn Millionen Jugendliche, die in der Industrie unterzubringen wären, Investitionen in Höhe von 120 bis 130 Milliarden Yüan voraussetzen³⁹. Oder es wurde berichtet, daß Pflege und Erziehung eines jungen Chinesen (oder einer Chinesin) bis zum 16. Lebensjahr seit 1949 ca. 1000 Milliarden Yüan des Volkseinkommens verschlungen hätten, was in etwa einem Drittel der Budgets der letzten 30 Jahre entspricht⁴⁰. Oder, um in dieser Liste fortzufahren: das allgemeine Schulrecht entspreche nur bruchstückhaft einem Schulplatzangebot, weniger als die Hälfte der Mittelschulabsolventen können nur einen Platz in einer weiterführenden Schule und kaum fünf Prozent der Abgänger aus höheren Mittelschulen einen Studienplatz finden.

Der Offenheit, mit der in dieser Weise ein wenig schmeichelhaftes Bild der vergangenen Leistungen präsentiert wird, entspricht die Kühnheit von Zukunftsvisionen. Und ihr entspricht auch die Radikalität der angekündigten Maßnahmen auf dem Gebiet der Bevölkerungsplanung. Chen Muhua kündigte einen Katalog von (positiven wie negativen) Sanktionen an, mit dem der chinesische Staat ein Herabsinken der Zuwachsraten der Bevölkerung durchsetzen will: Belohnt werden Kinderlosigkeit (durch eine Altersversorgung, die den Lohn vor der Pensionierung in voller Höhe garantiert) und die Beschränkung auf nur ein Kind (durch ein monatliches Kindergeld von 5 Yüan, bevorzugte Behandlung bei der Vergabe von Plätzen in Kinderkrippen, -gärten, und Schulen, größere Wohnungen, höhere Zuteilung bei der Vergabe von rationierten Gütern, bessere medizinische Versorgung, etc.⁴¹.

Umgekehrt werden Familien mit mehr als zwei Kindern nicht nur durch den Entzug möglicher Vergünstigungen, sondern auch durch Lohnabzug bestraft - in der Presse ist von über 10 % die Rede. Selbst wenn man die Abschreckungswirkung, die von diesen materiellen Strafen ausgeht, als hinlänglich verkraftbar erachtet, darf man den sozialen Druck nicht unterschätzen, der künftig auf kinderreiche Familien bzw. Familien an der Schwelle zum Kinderreichtum ausgeübt wird.

Die chinesischen Zeitungen melden bereits erste Erfolge. In der Provinz Sichuan, der volkreichsten Provinz des Landes, in der etwa 10 % der Gesamtbevölkerung leben, soll die Bevölkerungszuwachsrate bereits auf 0,6 % gesenkt worden sein⁴², in den großen Städten soll sie schon unter ein Prozent liegen. Als allgemeine Quote geht man zur Zeit von einem jährlichen Anstieg von 1,2 % aus; das läge um etwa 0,8 % unter der durchschnittlichen Zuwachsrate der letzten 20 Jahre, noch 1971 lag sie bei 2,34 %.

Anfang März 1979 wurde auch erstmals seit 1954 eine offizielle Zahl für die Gesamtbevölkerung Chinas veröffentlicht: Sie betrug (einschließlich

Taiwans) 975 230 000 Einwohner. Aufgrund welcher Berechnungen diese Zahl zustandegekommen ist (eine Volkszählung ist erst für das Jahr 1980 vorgesehen), blieb bislang unklar. Westliche Beobachter haben in der Vergangenheit den chinesischen Zahlen eigene Berechnungen entgegengehalten, basierend auf Hochrechnungen des ersten (und bislang einzigen) Zensus von 1954, sowie sporadischen Meldungen in der chinesischen Presse. Die Akkuratess dieser Zahlen blieb lange Zeit Glaubenssache, daher war die Überraschung bei den interessierten Demographen nicht gering, als sich herausstellte, daß die jetzt von den Chinesen veröffentlichte Zahl ziemlich genau den Mittelwert zwischen der höchsten und der niedrigsten Schätzung amerikanischer Statistiken ergibt⁴³.

6. AUSBLICK

Im Gesamtkatalog der Politik der Vier Modernisierungen taucht die Bevölkerungspolitik als wesentliche Grundvoraussetzung auf. Dafür gibt es in einem Land wie China, in dem die Hälfte der Einwohner jünger als 21 Jahre ist, neben naheliegenden ökonomischen Gründen, sicherlich auch tieferliegende politische Ursachen. Zunächst hat die Herauskehrung der eminenten Bedeutung des Bevölkerungswachstums für den wirtschaftlichen Erfolg Chinas eine legitimatorisch entlastende Funktion. Denn nicht länger sind allein staatliche Versäumnisse, Sabotageakte der Viererbande und ähnliche Verhängnisse die Ursache für Chinas Rückständigkeit, sondern das Verhalten der Bevölkerung selbst. Die Partei stiehlt sich nicht aus der Verantwortung, aber sie gibt sie weiter.

Im Programm der Bevölkerungspolitik selbst verschränken sich staatliche Maßnahmen (der Katalog von positiven wie negativen Sanktionen) mit Appellen an das wohlverstandene Eigeninteresse der Bewohner des Landes⁴⁴. Man kann den sich hier abzeichnenden Wandel im Vergleich zu früheren Ansätzen auf eine einfache Formel bringen: von den Massen wird nicht länger blindes Vertrauen in die Sache des Sozialismus verlangt, sondern rationales Kalkül angesichts steigender Verwertungsschwierigkeiten des Produktionsfaktors menschliche Arbeitskraft. Konnte man früher von einer Dialektik zwischen "Planung und revolutionärer Spontaneität" sprechen, müßte diese Beziehung heute als Gegensatz zwischen "Planung und Eigeninitiative" aufgefaßt werden.

Ob diese neue Politik den sozioökonomischen Problemen Chinas eher gerecht werden kann als die Versuche der Vergangenheit, wird entscheidend davon abhängen, wieweit Planung nicht als Willkür erscheint, sondern Elemente partizipatorischer Entscheidungsprozesse enthält. Aus dieser

Sicht der Zusammenhänge stimmen die in letzter Zeit sich häufenden Nachrichten über einen Abbau demokratischer Willensäußerungen in China allerdings nicht sehr hoffnungsvoll.

Anmerkungen:

- 1) Zur Person von Ma Yinchu vgl. Sun Lung-kee: "Ma Yin-qu and the Problem of Socialist Transition in China", in: Bulletin of Concerned Asian Scholars, Vol. 9, No. 2, April-June 1977, p. 62-67; "Ma Yin-ch'u", in: Biographical Dictionary of Republican China, Vol. II, New York 1968, S. 475.
- 2) "Xin renkou lun" (Eine neue Bevölkerungstheorie), in: Ma Yinchu: Wo de jingji lilun zhaxue sixiang he jengzhi lichang (Meine Wirtschaftstheorie, philosophischen Überlegungen und politische Position), Peking 1958.
- 3) Vgl. dazu Sun Yehfang: "Jingji xuejie dui Ma Yinchu tongzhi de yi chang couwu weigong ji qi jiaoxun" (Eine falsche Belagerung Ma Yinchus auf dem Feld der Wirtschaftswissenschaft und die Lehre daraus), in: Jingji Yanjiu, Nr. 10, 20.10.1979, S. 59-66.
- 4) "Nach dem Jahre 1957 wurde Bevölkerungsforschung als Gebiet der Wissenschaft zu einem Tabu; nur wenige wagten, dieses Problem aufzuwerfen, und es fand sich erst recht niemand, der den Mut hatte, (auf diesem Gebiet) zu forschen". Zhang Lizhong, in: "Makesi, Engelsi shi zenmeyang pipan Maertusi renkou lun de" (Wie Marx und Engels die Bevölkerungstheorie von Malthus kritisieren), in: Jingji Yanjiu, Nr. 9, 20. 9. 1979, S. 80.
- 5) Seine Rehabilitierung kündigte sich allerdings bereits schon einige Tage zuvor an. Vgl. Guangming Ribao, 10. 7. 1979: "Ruguo meiyou minzhu, shenme shiqing ye ban buhao - yingai wei Ma Yinchu xian-sheng huifu mingyu" (Ohne Demokratie lassen sich auch alle anderen Dinge nicht gut erledigen - Ma Yinchu muß rehabilitiert werden).
- 6) "Hätten wir damals auf ihn gehört", sagte mir in Peking ein hoher Wirtschaftskader, "dann gäbe es heute 300 Millionen Chinesen weniger und wir hätten die Sache im Griff."
- 7) Mao Tse-tung: Ausgewählte Werke, Bd. 5, Peking 1978, S. 460.
- 8) Zitiert nach Zhang Lizhong, vgl. Anmerkung 4, S. 79.
- 9) Vgl. Chen Zhongli: "Wei Ma Yinchu de 'Xin renkou lun' pingfan (Zur Rehabilitierung von Ma Yinchus 'Neuer Bevölkerungstheorie')", in: Renmin Ribao, 13. 7. 1979.

- 10) Vgl. Anmerkung 4.
- 11) Sun Chingzhi, in: Renmin Ribao, 25.4.1952. Zitiert nach Spengler, Tilman: Geplantes Bevölkerungswachstum im Entscheidungsprozeß der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Volksrepublik China, Hamburg 1975, S.26.
- 12) Mao Tse-tung: "Der Bankrott der idealistischen Geschichtsauffassung", in: Ausgewählte Werke, Bd.4, Peking 1969, S.483.
- 13) Vgl. Chou Ngo-fen (Zhou Ofen): "Birth Control in China", in: People's China, 1.6.1957, S.27.
- 14) Maos Rede vom 27. Februar 1957 wurde bei den Warschauer Gesprächen zwischen Chinesen und Amerikanern verteilt und am 13. Juni 1957 auszugsweise in der "New York Times" abgedruckt.
- 15) Zitiert nach The Victor-Bostrom Fund Committee and The Population Crisis Committee (Ed.): Population and Family Planning in the People's Republic of China, Washington 1971, S.12.
- 16) Ibid.
- 17) Vgl. den Artikel von Yeh Gongshao in: Zhonguo qingnian bao, 9.5.1963, übersetzt in Spengler, op. cit., S.180 f.; Zhongguo Funü, 1.4.1960, S.30.
- 18) Zur Zollpolitik vgl. die Meldung in der Hongkonger Ta Gong Bao vom 7.3.1953: "Einführungsverbot für Verhütungsmittel", übersetzt in: Survey of China Mainland Press (SCMP), 5./7.4.1953 (Nr. 545), S.8 und Spengler, op. cit., S.61. Zum Thema "hardware" vgl. Orleans, L.: "Evidence from Chinese Medical Journals on Current Population Policy", in: The China Quarterly, 40, 1969, S.243 f. und Aird, J. S.: "Population Policy and Demographic Prospects in the People's Republic of China", in: Joint Economic Committee, Congress of the United States (Ed.), People's Republic of China: An Economic Assessment, 1972, S.256 f.
- 19) Aird, op. cit., S.255.
- 20) Das jedenfalls berichtete Dr. Tameyoshi Katagiri, Sekretär der International Planned Parenthood Federation nach einer Chinareise 1965; vgl. Orleans, op. cit., S.144.
- 21) Vgl. Djerassi, C.: "Some Observations on Current Fertility Control in China", in: The China Quarterly, 57, 1974, S.47.
- 22) Vgl. Snow, E.: "Population Care and Control", in: The New Republic, 1.5.1971, S.21.
- 23) Vgl. dazu den Artikel von Shao Lici: "Mit Planung Kinder zeugen" original in: Renmin Ribao, 20.3.1957, übersetzt in Spengler, op. cit., S.158-168.

- 24) Vgl. Snow, E.: "Interview with Mao", in: The New Republic, 27.2.1965, S. 21 f. und Han Suyin: "Population Growth and Birth Control in China", in: Eastern Horizon, Vol. 12, Nr. 5, 1973, S. 16.
- 25) Das gilt jedoch nur für die Schwangerschaftsunterbrechung bei einer verheirateten Frau. Mit unerwünschten Schwangerschaften unverheirateter Frauen, die sich nicht durch Eheschließung in erwünschte Schwangerschaften "umwandeln" lassen, verfahren die staatlichen Stellen seit jeher weniger zurückhaltend.
- 26) Vgl. Orleans, op. cit., S. 139.
- 27) Private Mitteilung an den Verfasser.
- 28) Zitiert nach: Marx-Engels Werke, Bd. 35, S. 151. Vgl. dazu auch die Studie von Heinsohn, Knieper und Steiger: Menschenproduktion. Allgemeine Bevölkerungslehre der Neuzeit, Frankfurt 1979, S. 131 - eine der anregendsten Untersuchungen, die über dieses Thema geschrieben worden sind.
- 29) "Population and Family Planning ...", siehe Anm. 15, S. 10.
- 30) Die chinesische Propaganda spricht von den "Fünf Garantien" bzw. dem "System der fünf Garantien" (wubao zhidu). Die Garantien beziehen sich auf: Nahrung, Wohnung, Kleidung, Bestattung; der fünfte Punkt lautet in einigen Gegenden medizinische Versorgung, in anderen Ausstattung mit Brennmaterial. Zu einem Teil der Realität vgl. C. und J. Broyelle/Eveline Tschirhart: Zweite Rückkehr aus China, Berlin 1977, S. 169 f.
- 31) Vgl. Aird, op. cit., S. 238.
- 32) Vgl. Liu Zheng: "Guanyü woguo renkou fazhan de jige wenti" (Einige Probleme der Bevölkerungsentwicklung unseres Landes), in: Jingji Yanjiu, Nr. 5, 20. Mai 1979, S. 25-27.
- 33) Vgl. Heinsohn, Knieper, Steiger, op. cit., S. 126 f.
- 34) Zur Haltung der Rotgardisten: "Revolutionäre Jugendliche sollten sich um Staatsaufgaben kümmern und Frühehen ablehnen; Revolutionäre Kader sollten Jugendliche energisch zu gesundem Wachstum anleiten", WHP 23.4.1968, übersetzt in SCMP 20.5.1968 (Nr. 4818); "Unterbindet die üble Sitte, sich zu verlieben und früh zu heiraten in Literaten- und Künstlerkreisen", WHP 28.7.1968, übersetzt in SCMP 4.9.1968 (Nr. 4250).
- 35) "Das Gespenst der Arbeitslosigkeit plagt die Volksrepublik China", in: Blick durch die Wissenschaft, 5.9.1979; "Subtiler Wandel in der chinesischen Wirtschaft", in: Neue Zürcher Zeitung, 11.12.1979; Peking über Arbeitslosigkeit besorgt", in: Süddeutsche Zeitung, 19.9.1979.

- 36) Vgl. dazu Martin, H.: "Den halben Himmel für die Frauen", in: China aktuell, März 1972, S. 15-16. Zumindest in Peking ist es allerdings in letzter Zeit Mode geworden, sich über den vermeintlichen Materialismus der jungen Chinesinnen zu erregen. Auf einer Wandzeitung fand ich folgende Klage:

Zehn Dinge braucht die Braut:

Ein Set Möbel - inklusive Sofa.

Die zwei Alten übernehmen die Betreuung der Kinder.

Drei Drehinger (Fahrrad, Uhr und Nähmaschine und etwas Tragbares in Farbe (Fernseher).

Für vier Jahreszeiten Bekleidung - mit Wolle und Kunststoff.

Fünf Paar Lederschuhe, die ein anderer poliert.

Um die sechs Verwandtschaftsgrade braucht man sich nicht zu sorgen.

Sieben Dutzend Yüan sind als Gehalt nicht zuviel im Monat.

Nach allen acht Seiten verhält sich der Ehemann aalglatt und weiß seine Worte zu wählen.

Nein (neun) sagt er zu Alkohol, Nikotin und Tee.

Von zehn gestellten Aufgaben erledigt er zehn schnell und zur vollen Zufriedenheit.

- 37) Shao Lici, op. cit., a. a. O.
- 38) Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 2. 9. 1979: "Neue Bevölkerungspolitik in der Volksrepublik China". Nach diesem Artikel soll der Stellvertretende Ministerpräsident, Li Xiannian, auf einer Arbeitstagung des ZK im April enthüllt haben, daß "in China gegenwärtig 100 Millionen Menschen nicht genug zu essen haben". Vgl. auch Süddeutsche Zeitung, 24./25. 11. 1979: "Peking kämpft gegen Bevölkerungslawine".
- 39) Liu Zheng, op. cit., S. 28 f.
- 40) Süddeutsche Zeitung, 24./25. 11. 1979.
- 41) Neue Zürcher Zeitung, 2./3. 9. 1979.
- 42) Ibid.
- 43) Vgl. Aird, J. S., in: The China Quarterly, 73, 1978, S. 40.
- 44) Vgl. dazu Han Xiangyang: Jihua shengyü zhishi wenda (Fragen und Antworten zur Geburtenplanung), Peking 1974, S. 1 f. Für den nötigen sozialen Druck sorgen die Partei und die für diese Frage zuständigen Spezialeinheiten, die "Führungsgruppen für Geburtenplanung" (jihua shengyü gongzuo lingdao xiaozu), die auf allen administrativen Ebenen bis herab zur Produktionsbrigade operieren. Sie betreiben Aufklärung und Propaganda - teils auf Massenveranstaltungen, teils für spezielle Zielgruppen - und sie sind an der Koordinierung der Quoten für die

künftige Bevölkerungsentwicklung beteiligt. In diesen "Geburtenplänen" wird - in der Regel für ein Jahr - festgelegt, wie hoch der optimale Zuwachs einer gegebenen Einheit sein kann und welche Familien "an der Reihe" sind. Die öffentliche Nennung dieser Familien verstärkt die soziale Pression. Siehe dazu auch: Pi-chao Chen: Population and Health Policy in the People's Republic of China, Washington 1976, S. 95; Pedro Pak-tao Ng: "Planned Fertility and Fertility Socialization in Kwangtung Province", in: The China Quarterly, 78, 1979, S. 351 - 359.

**VERÖFFENTLICHUNGEN DES
HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTS-
FORSCHUNG-HAMBURG**

NEUERSCHEINUNG

Rolf Sutter

**NATIONALE WIRTSCHAFTSPOLITIK
UND INTERNATIONALE UNTERNEHMEN
IN MALAYSIA**

Schon wegen des Mangels an Kapital und technischem Wissen ist eine beschleunigte Industrialisierung in vielen Entwicklungsländern ohne die Unterstützung ausländischer Unternehmen schwer vorstellbar. In der vorliegenden Studie wird am Beispiel Malaysias überprüft, ob ein Entwicklungsland seine wirtschaftspolitischen Ziele mit Hilfe der üblichen Instrumentarien verwirklichen kann oder ob die Entscheidung für die Beteiligung ausländischer Unternehmen zwangsläufig den Verzicht auf eine eigenständige Entwicklung bedeutet.

Großoktav 368 Seiten, 1979, Preis brosch. DM 39.— ISBN 3-87895-183-3

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG